



Damen und Herren

- Bürgermeister und Oberbürgermeister
- Büroleiter

im Mitgliedsbereich
des Gemeinde- und Städtebundes
Rheinland-Pfalz

sowie

Mitglieder des Ausschusses für Bildung,
Kultur, Jugend, Gesundheit und soziale Angelegenheiten

Regulärer Schulbetrieb spätestens nach den Sommerferien

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie darüber informieren, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) am 18. Juni 2020 die aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erörtert und nachfolgenden Beschluss gefasst hat:

1. Zur Gewährleistung des Rechts auf Bildung von Kindern und Jugendlichen streben die Länder an, dass alle Schülerinnen und Schüler spätestens nach den Sommerferien wieder in einem regulären Schulbetrieb nach geltender Stundentafel in den Schulen vor Ort und in ihrem Klassenverband oder in einer festen Lerngruppe unterrichtet werden. Die Länder stimmen dabei überein, dass hierfür die Abstandsregelung von 1,5 Metern entfallen muss, sofern es das Infektionsgeschehen zulässt.
2. Die Länder stellen sicher, dass Schülerinnen und Schüler ihre angestrebten Abschlüsse im Schuljahr 2020/2021 erreichen können. Die Länder sind einig, dass die durch die Corona-Pandemie veränderten Bedingungen für Lehr- und Lernprozesse insbesondere mit Blick auf Prüfungen und Abschlüsse im Schuljahr 2020/2021 bei der inhaltlichen Gestaltung des Schuljahres beachtet werden müssen.
3. Die Länder ergreifen geeignete Maßnahmen, um mögliche Lernrückstände zu überwinden. Dazu haben die Länder auf der 370. Sitzung der

Ihre Zeichen

Nachricht vom

Unsere Zeichen
200-00-Schulöffnung/AS/nm
0817000

Bearbeiter/-in
Frau Strobel

Telefon-Durchwahl
+49 (0)61 31 23 98-143

Telefax-Durchwahl
+49 (0)61 31 23 98-9143

E-Mail
astrobel@gstbrp.de

Datum
19.06.2020

Seite 1 / 3

Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz e.V.
Deutschhausplatz 1
55116 Mainz
Telefon +49 (0)61 31 23 98 0
Telefax +49 (0)61 31 23 98 139

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Dr. Karl-Heinz Frieden

info@gstbrp.de
www.gstb-rlp.de



19.06.2020

Seite 2 / 3

Kultusministerkonferenz Bildungsexpertinnen und -experten angehört. Sie werden sich weiter und fortlaufend beraten lassen.

4. Die Länder werden die Digitalisierung des Lehrens und Lernens weiter vorantreiben. Sie werden auf den in der Corona-Krise gemachten Erfahrungen aufbauen und die für den Distanzunterricht benötigten, verlässlichen und rechtlich sicheren Kommunikationsinstrumente und Lernplattformen weiter ausbauen. Sie werden im Rahmen des Digitalpakts Schule und der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ eng zusammenarbeiten und die nötige Fortbildung der Lehrkräfte zügig ausbauen. Um soziale Disparitäten zu vermeiden und Bildungsgerechtigkeit herzustellen, werden die Länder auch besonderes Augenmerk auf den Zugang von Schülerinnen und Schülern zu digitalen Unterrichtsformen sowie auf spezifische Angebote für Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf legen.
5. Der schulische Regelbetrieb erfordert auch weiterhin entsprechende Hygienemaßnahmen für alle an Schule Beteiligten und deren situationsadäquate Anpassung vor Ort. Die Kultusministerkonferenz wird sich mit Blick auf das Schuljahr 2020/2021 rechtzeitig auf einen gemeinsamen Rahmen für aktualisierte Schutz- und Hygienemaßnahmen verständigen, die dem Arbeitsschutz Rechnung tragen. Dies kann auch bedeuten, dass in Abhängigkeit von der Entwicklung des Infektionsgeschehens die Wochen-, Tages- und Unterrichtsabläufe insgesamt oder regional angepasst werden.
6. Weiterhin unterstützen die Länder, unter Berücksichtigung der jeweiligen Rechtslage, dass zur Abstimmung mit den für die Schülerbeförderung Verantwortlichen und weiteren Beteiligten die notwendigen Gespräche geführt werden.
7. Die Länder werden auch im kommenden Schuljahr die Ausbildungselemente der Lehramtsausbildung, wie Unterrichtspraktika im Rahmen der universitären Ausbildung durchführen, als auch den Vorbereitungsdienst in der Schule sicherstellen. Ziel ist es, weiterhin ausreichend angehende Lehrkräfte auszubilden.
8. Über weitergehende Vereinbarungen und Abstimmungen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Pandemie werden sich die Länder in der Kultusministerkonferenz - auch unter Hinzuziehung von Expertinnen und Experten - weiterhin regelmäßig beraten.



GStB

Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz

19.06.2020

Seite 3 / 3

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat dies zum Anlass genommen und in einem Schreiben der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom 18. Juni 2020 an die KMK eine Einbindung in den weiteren Prozess gefordert.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

Strobel

Anlage